

Wofür stehe ich? Was sind meine Forderungen für die Landespolitik in NRW?

- Mietenentlastung: Sofortige Einführung eines Mietendeckels in NRW und sofort ein Programm, das den sozialen Wohnungsbau massiv fördert, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen
- Verbot von Gas-, Wasser- und Stromsperrern bei Zahlungsver säumnissen
- Gesetzlich festgelegte Personalschlüssel für alle Bereiche des medizinischen und pflegenden Personals in Krankenhäusern, für alle Bereiche der Pflegeeinrichtungen, für Lehrer*innen aller Bildungseinrichtungen sowie kindgerecht für alle Erzieher*innen
- Gesetzliche Vorgaben, damit Auftragnehmer*innen von den Kommunen bei der Vergabe von Aufträgen zwingend daran gebunden werden, Tariflöhne zu zahlen und eine betriebliche Interessenvertretung zu haben, sowie weitere international gültige soziale und ökologische Standards zu erfüllen

Nicht nur Köpfe – auch Inhalte zählen!

- Sofortige Abschaffung des Numerus Clausus bei allen universitären Studiengängen
- Erhebliche Ausweitung der Anzahl aller medizinischen Studienplätze
- Zwingende gesetzliche Rahmenregelungen, damit die verschiedenen Träger des ÖPNV zusammenarbeiten, um NRW-weit fahrscheinlose Nahverkehrs-Angebote sowie abgestimmte Takte und Fahrverbindungen zu schaffen
- Erhebliche Aufstockung der Beschäftigten bei den Ämtern des Arbeitsschutzes, damit endlich wieder flächendeckende Aufsicht und Kontrolle beim Arbeitsschutz zum Schutz der Beschäftigten stattfindet
- Abschaffung der Berechnung nach Fallpauschalen in den Krankenhäusern; die Unterfinanzierung der medizinischen Leistungen und damit der Lohndruck auf das Personal müssen beendet werden.

DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN



DIE LINKE

Kreisverband Lippe

Lagesche Straße 5 • 32647 Lemgo

Fon: 05261 / 7 70 64 27

kontakt@dielinke-lippe.de • www.dielinke-lippe.de



Walter Brinkmann
Für Sie am 15. Mai
in den Landtag

Liebe Wählerinnen und Wähler,

ich stelle mich zur Wahl und Sie können mich am 15. Mai wählen!

Viele von Ihnen sind inzwischen enttäuscht von der Politik – weil sich für einen sehr großen Teil der Bevölkerung die persönliche Lage nicht verbessert – für immer mehr Menschen sogar teilweise drastische finanzielle Verschlechterungen eingetreten sind oder noch eintreten werden.

Und daran sind nicht nur die hohe Inflationsrate und die unmöglichen Steigerungen der Energiekosten Schuld. So haben wir auch in Lippe an vielen Orten inzwischen zu hohe und nicht mehr bezahlbare Mieten. Gründe dafür finden sich zum einen in der Gewinn gier großer Immobiliengesellschaften



und zum anderen ist von den vergangenen Regierungen und von den verantwortlichen Parteien der soziale Wohnungsbau vernachlässigt und seine Förderung ist zurückgefahren worden. Gerade bei diesem Thema entlarvt sich brutal die Lüge, die besonders von der FDP ständig wiederholt wird, dass der Markt bezahlbares Wohnen regeln würde, und die damit staatliches Eingreifen und Regulieren verpönt. Ja, der Markt regelt alles – und zwar ganz brutal zu Lasten von Millionen Mieterinnen und Mietern.

Viele Menschen in Lippe wohnen im ländlichen Raum – meistens zu geringeren Mieten als in den Städten. Dafür nehmen sie aber häufig Nachteile in Kauf. Dazu gehören meistens lange Fahrzeiten zur Arbeit, zu Behörden, zu den Schulen, zu Ärzten, vor Ort fehlende Post- und Bank-Filialen, eine mangelhafte Versorgung mit Lebensmittelgeschäften, unkoordinierte Fahrpläne mit unzureichenden Taktungen und der zu teure öffentliche Nahverkehr. Unter diesen Bedingungen leiden neben Arbeitnehmer*innen und Schüler*innen vor allem ärmere und ältere Menschen. Für die ältere Generation wird dazu der vermeintliche Segen der Digitalisierung oft zum Fluch.

**15. Mai
2022
Landtagswahl
NRW**

DIE LINKE.

Die Wirkung dieses Fluchs zeigt sich häufig schon darin, dass Behörden und Dienstleistungsunternehmen in ihren Schreiben Hinweise auf das Internet geben, und nur dort weitere Informationen anbieten. Die aufgelisteten Themen sind nur ein kleiner Ausschnitt von bekannten Problemen.

All diesen Themen ist gemeinsam, dass sie von der Politik gelöst oder verbessert werden könnten. Diese Lösungen erfordern aber mehr Geldmittel als bisher. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sind wir überzeugt, dass dieses Geld vorhanden ist. Eine leistungsgerechte

Besteuerung von Einkommen, die weit über dem Durchschnitt liegen, und eine gerechte Erbschaftssteuer, sobald Millionen und Milliarden vererbt werden, würde genügend Geld in die Staatskassen bringen. Jede Partei, die zwar nette Forderungen auf ihren Wahlplakaten oder den Wahlprogrammen hat, aber nicht erklärt, wie das bezahlt werden soll, führt ihre Wähler*innen hinters Licht.